

# Gesetzliche Geschlechterquoten in der EU

Eine Recherche von Cecilia Francisco Carcelén im Auftrag der EAF Berlin  
(2022)

# Impressum

## Herausgeber

EAF Berlin. Diversity in Leadership  
Schumannstraße 5 | 10117 Berlin  
Tel. +49 30 30877600  
info@eaf-berlin.de | www.eaf-berlin.de

## Autorin

Cecilia Francisco Carcelén

Oktober 2022

# Inhaltsverzeichnis

Was sind gesetzliche Geschlechterquoten? .....	2
1. Gesetzliche Geschlechterquoten in Frankreich .....	3
2. Gesetzliche Geschlechterquoten in Belgien .....	5
3. Gesetzliche Geschlechterquoten in Portugal.....	7
4. Gesetzliche Geschlechterquoten in Slowenien .....	9
5. Gesetzliche Geschlechterquoten in Spanien .....	11
6. Gesetzliche Geschlechterquoten in Griechenland .....	13
7. Gesetzliche Geschlechterquoten in Kroatien.....	15
8. Gesetzliche Geschlechterquoten in Polen .....	17
9. Gesetzliche Geschlechterquoten in Irland.....	19
10. Gesetzliche Geschlechterquoten in Luxemburg .....	21
11. Gesetzliche Geschlechterquoten in Italien.....	23
12. Gesetzliche Geschlechterquoten in Malta.....	25

# Was sind gesetzliche Geschlechterquoten?

Geschlechterquoten sind ein Instrument, um das Erreichen einer ausgewogenen politischen Repräsentation der Geschlechter zu beschleunigen, indem ein bestimmter Anteil oder eine bestimmte Anzahl von Plätzen festgelegt wird, die unter bestimmten Kriterien von Frauen und/oder Männern zu besetzen bzw. ihnen zuzuweisen sind<sup>1</sup>. *Gesetzliche Geschlechterquoten* sind entweder durch die Verfassung oder durch das Wahlgesetz vorge-schrieben. Einige politische Parteien können auch eigene Geschlechterquoten festlegen, die so genannten *freiwilligen Parteiquoten*<sup>2</sup>.

In den letzten 20 Jahren haben 12 Mitgliedsstaaten der Europäische Union gesetzliche Geschlechterquoten für Parlamentswahlen eingeführt: Frankreich, Belgien, Portugal, Slowenien, Spanien, Griechenland, Kroatien, Polen, Irland, Luxemburg, Italien und Malta. Von einigen Rückschlägen abgesehen, haben diese Länder den Anteil der Frauen in ihren Parlamenten im Allgemeinen schneller erhöht als Länder ohne Quoten<sup>3</sup>.

---

<sup>1</sup> EIGE, [‘Gender quotas’](#)

<sup>2</sup> IDEA, [‘What Are Quotas?’](#)

<sup>3</sup> EIGE (2021), [Quotas can turbocharge progress on gender balance in politics and business](#)

# 1. Gesetzliche Geschlechterquoten in Frankreich

Frankreich führte im Jahr 2000 eine gesetzliche Geschlechterquote von 50 % für Kandidat\*innen ein. Frankreich war das erste Land der Welt, das eine Gleichstellungsregelung von 50 % einführte<sup>4</sup>.

Der erste Versuch, eine Geschlechterquote für Kommunalwahlen einzuführen, wurde 1982 für verfassungswidrig erklärt. Die Debatte über die Gleichstellung von Frauen in der Politik intensivierte sich in den 1990er Jahren. Präsident Jacques Chirac richtete 1995 ein Observatorium für Gleichstellung ein, in das führende Politikerinnen und feministische Aktivistinnen berufen wurden. Nachdem die Sozialistische Partei 1997 an die Macht gekommen war, wurde die Verfassung reformiert und die Einführung von Geschlechterquoten ermöglicht. Das Vorhandensein einer linken Mehrheit in der Versammlung und im Senat, die persönliche Unterstützung durch Premierminister Lionel Jospin für die Sache sowie das unter der Aufsicht des Observatoriums für Gleichstellung gesammelte feministische Fachwissen trugen zum Zustandekommen der Reform bei<sup>5</sup>.

## Gesetzgebung

### *Verfassung*

Nach der Verfassungsänderung von 1999 sieht die französische Verfassung vor, dass das Gesetz den gleichberechtigten Zugang von Frauen und Männern zu Wahlmandaten und gewählten Ämtern sowie zu beruflichen und sozialen Aufgaben fördern soll (Art. 1 (2)). In der Verfassung wird auch die Verantwortung der politischen Parteien für die Wahrung und Förderung dieses Grundsatzes anerkannt (Art. 3 and 4).

### *Wahlrecht*

Die Mitglieder der Nationalversammlung werden in 577 Einzelwahlkreisen nach einem Zweirunden-Mehrheitswahlsystem gewählt. Der Unterschied zwischen der Anzahl der Kandidaten jedes Geschlechts, die eine Partei für die Wahlen in den Einzelwahlkreisen aufstellt, darf nicht größer als 2 % sein (Gesetz Nr. 88-227, Art. 9 (1)). Für den Senat darf auf

---

<sup>4</sup> IDEA, [Datenbank für Geschlechterquoten – Frankreich](#)

<sup>5</sup> Eléonore Lépinard (2015), [The adoption and diffusion of gender quotas in France \(1982-2014\)](#)

den Listen in den Verhältniswahlkreisen die Differenz zwischen der Anzahl der Kandidat\*innen jedes Geschlechts nicht größer als 1 sein, und es muss ein Wechsel zwischen weiblichen und männlichen Kandidat\*innen stattfinden. Auf Listen, die in Wahlkreisen mit Zweirunden-Mehrheitswahlsystem aufgestellt werden, müssen der\*die Hauptkandidat\*in und sein\*ihre Stellvertreter\*in vom jeweils anderen Geschlecht sein.



### Rangfolge/Platzierungsregeln

Für die Listen der Nationalversammlung gibt es keine Rangfolge. Da nur der\*die Spitzenkandidat\*in jeder Liste gewählt werden kann, müssen 50 % der Listenplätze von Frauen besetzt werden, um eine Gleichstellung zu erreichen.



### Sanktionen

Wenn der Unterschied zwischen der Zahl der weiblichen und der männlichen Kandidat\*innen auf einer Liste größer ist als die zulässigen 2 %, werden finanzielle Sanktionen verhängt. Die der Partei zugeordneten öffentlichen Mittel werden um einen Prozentsatz gekürzt, der 150 % der Differenz zwischen der Anzahl der Kandidat\*innen jedes Geschlechts und der Gesamtzahl der Kandidat\*innen entspricht (Gesetz Nr. 88-227, Art. 9-1).



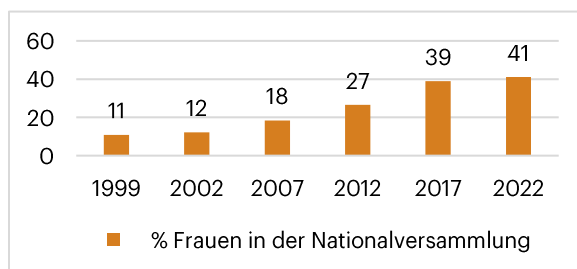
### Geschlechterquoten auf regionaler Ebene

Für die Wahlen zu den Departementsräten sieht die Änderung des Wahlgesetzes 2013 vor, dass die Wählerinnen und Wähler in jedem Kanton eines Departements zwei Mitglieder des jeweils anderen Geschlechts in einem Zweier- oder Tandemwahlgang wählen. Dieses Nominierungssystem garantiert die Erreichung der Gleichstellung in den Departementsräten.



### Politische Repräsentation von Frauen

Seit der Wahl 2002, bei der zum ersten Mal Geschlechterquoten angewandt wurden, ist der Anteil der Frauen in der französischen Nationalversammlung mit jeder Wahl gestiegen. Im Jahr 2022 erreichte er 41 %, 29 Prozentpunkte mehr als 2002<sup>6</sup>.



<sup>6</sup> EIGE, Datenbank zur Geschlechterstatistik, [Nationale Parlamente – Frankreich](#)

## 2. Gesetzliche Geschlechterquoten in Belgien

**Belgien hat seit 2002 eine Geschlechterquote von 50 % für die Kandidat\*innen festgelegt.**

Das erste Gesetz zur Geschlechterquote, das 1994 verabschiedet wurde, sah vor, dass eine Liste nicht mehr als 67 % Kandidat\*innen desselben Geschlechts enthalten durfte. Diese Quote wurde als unzureichend erachtet und das Gesetz wurde 2002 reformiert, indem die Parteien verpflichtet wurden, eine gleiche Anzahl von weiblichen und männlichen Kandidat\*innen aufzustellen, auch für die ersten beiden Positionen jeder Liste. Die Frauenorganisation der flämischen Christdemokraten spielte eine Schlüsselrolle bei der Verabschiedung des Gesetzes über die Geschlechterquoten und setzte sich seit den 1990er Jahren erfolgreich dafür ein, dass dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Während andere Frauenverbände für Geschlechterquoten eintraten, hat sich Belgien als Ausnahme von der Regel erwiesen, dass linke Parteien/Regierungen für Geschlechterquoten eher offen sind<sup>7</sup>. Belgien hat nun in einer Reihe von Branchen und Institutionen Geschlechterquoten eingeführt.



### Gesetzgebung

Seit 2022 sieht das Wahlgesetz vor, dass auf jeder Kandidat\*innenliste weder die Differenz zwischen der Anzahl der Kandidat\*innen jedes Geschlechts noch die Anzahl der Ersatzkandidat\*innen jedes Geschlechts größer als eins sein darf. Außerdem dürfen weder die ersten beiden Kandidat\*innen noch die ersten beiden Ersatzkandidat\*innen jeder Liste demselben Geschlecht angehören (Art. 117bis)



### Rangfolge/Platzierungsregeln

Die ersten beiden Kandidat\*innen auf den Kandidat\*innenlisten und den Stellvertreter\*innenlisten dürfen nicht gleichen Geschlechts sein (Art. 117bis).

---

<sup>7</sup> Petra Meier (2015), [Gender quotas in Belgium: A never ending story of gendering compartmentalized citizenship?](#)



## Sanktionen

Das Wahlgesetz sieht vor, dass das Wahlbüro des entsprechenden Wahlkreises die Listen zurückweist, die nicht den Bestimmungen des Art. 117bis (Art. 119.5) entsprechen.



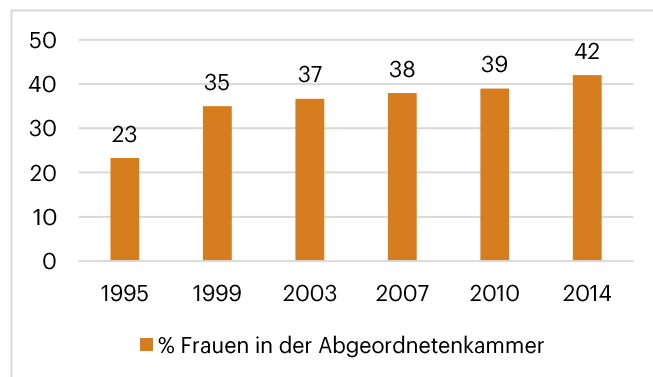
## Geschlechterquoten auf regionaler Ebene

Die Wahlen auf regionaler Ebene werden durch die Gesetzgebung der drei jeweiligen Regionen geregelt, die sich weitgehend an die föderale Gesetzgebung anlehnt und das Erfordernis der Gleichstellung (50 %) jedes Geschlechts auf der Kandidat\*innenliste vorschreibt. Die ersten beiden Kandidat\*innen auf den Kandidat\*innenlisten und den Stellvertreter\*innenlisten dürfen nicht gleichen Geschlechts sein. Ab 2019 muss bei den Wahlen zum wallonischen Parlament der Wechsel zwischen weiblichen und männlichen Kandidat\*innen auf die gesamte Liste angewendet werden. Diese Art der Quote wird als „Reißverschlussystem“ bezeichnet.



## Politische Repräsentation von Frauen

Die 50:50-Kandidat\*innenquote wurde zum ersten Mal auf die Listen für die Wahl 2003 mit einigen Übergangsbestimmungen angewandt. Seit den letzten Wahlen im Jahr 1999 (als die weniger strenge Geschlechterquote galt), ist der Anteil der Frauen in der föderalen Abgeordneten-kammer um 19 Prozentpunkte gestiegen und hat bei den letzten Wahlen 2019 42 % erreicht<sup>8</sup>.



<sup>8</sup> Institut pour l'égalité des femmes et des hommes (2020), [La représentation politique des femmes à l'issue des élections du 26 mai 2019](#)



### 3. Gesetzliche Geschlechterquoten in Portugal

Portugal hat seit 2006 die Kandidat\*innenquoten von 33 % und seit 2019 eine Quote von 40% eingeführt.

Freiwillige Geschlechterquoten wurden erstmals in den 1980er und 1990er Jahren von linken Parteien eingeführt. Seit 1998 haben die Sozialistische Partei (PS) und der linke Block (BE) erfolglos versucht, gesetzliche Geschlechterquoten einzuführen. Mit einer PS-Mehrheit im portugiesischen Parlament wurde 2006 ein Gleichstellungsgesetz für die politischen Machtorganismen verabschiedet. Obwohl das Wort Gleichstellung eine 50:50-Quote implizieren könnte, sah das Gesetz nur eine Mindestrepräsentation von 33 % für jedes Geschlecht vor<sup>9</sup>. Ebenfalls unter einer PS-geführten Regierung wurde das Gesetz 2019 geändert, um die Quote auf 40 % zu erhöhen und damit internationalen Standards und den Empfehlungen des Europarats für eine ausgewogene Repräsentation von Frauen und Männern in politischen Entscheidungsprozessen gerecht zu werden<sup>10</sup>.



#### Gesetzgebung

Gemäß der Änderung des Gleichstellungsgesetzes von 2019 müssen die Listen der Kandidaten, die der Versammlung der Republik vorgelegt werden, so zusammengestellt werden, dass die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen gewährleistet ist (Art. 1) – wobei unter Gleichstellung ein Mindestanteil von 40 % für jedes Geschlecht zu verstehen ist (Art. 2.1).



#### Rangfolge/Platzierungsregeln

Das Gleichstellungsgesetz sieht vor, dass nicht mehr als zwei Kandidat\*innen desselben Geschlechts nacheinander in der Reihenfolge der Liste platziert werden können (Art. 2.2). Dadurch wird verhindert, dass Frauen auf die hinteren (nicht wählbaren) Plätze gedrängt werden.

---

<sup>9</sup> Ana Espírito-Santo (2015), [A long way to a still-imperfect parity](#)

<sup>10</sup> Presidência do Conselho de Ministros, [Proposta de Lei n.º 117/XIII](#)



## Sanktionen

Seit 2019 führt die Nichteinhaltung der Geschlechterquote und der Rangfolge zur Ablehnung der gesamten Kandidat\*innenliste (Art. 4).



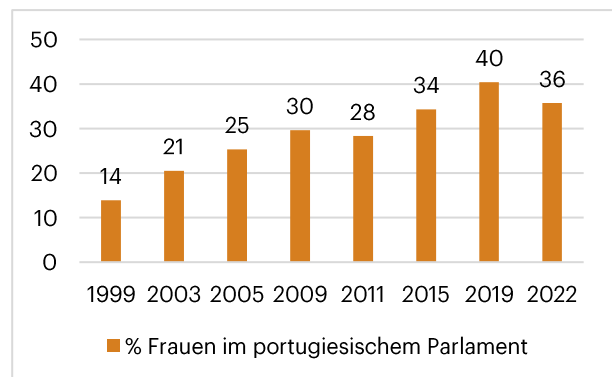
## Geschlechterquoten auf regionaler Ebene

Das Gleichstellungsgesetz sieht auch vor, dass die Kandidat\*innenlisten für die Wahl- und Beratungsorgane der lokalen Gebietskörperschaften, die Gemeinderäte und die Europaparlamente die 40 %-Quote und die Rangfolge einhalten müssen.



## Politische Repräsentation von Frauen<sup>11</sup>

Die politische Repräsentation der Frauen in Portugal hat in den letzten 20 Jahren erheblich zugenommen. In einigen Wahljahren gab es beträchtliche Sprünge, wie z.B. 2009 (30 %) und 2019 (40 %). Bei den Wahlen 2022 gab es jedoch einen Rückschlag<sup>12</sup>. Im Oktober 2022 beträgt der Frauenanteil im portugiesischen Parlament 36 %, vier Prozentpunkte weniger als 2019.



<sup>11</sup> EIGE, Datenbank zur Geschlechterstatistik, [Nationale Parlamente – Portugal](#)

<sup>12</sup> Ana Espírito-Santo and Ana Catalano Weeks (2022), [Gender and Politics in Portugal](#)

## 4. Gesetzliche Geschlechterquoten in Slowenien

**Slowenien hat seit 2006 Kandidat\*innenquoten von 35 % für die Nationalversammlung festgelegt.**

Zu Anfang der 1990er Jahre waren nur einige wenige feministische Gelehrte und feministische Aktivistinnen für eine Geschlechterquote. Frauen bei den Liberaldemokraten und Sozialdemokraten versuchten mit begrenztem Erfolg, auf freiwillige Parteiquoten zu drängen. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre scheiterten Versuche, gesetzliche Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen politischen Beteiligung von Frauen und Männern einzuführen. Die Befürworter von Geschlechterquoten erkannten, dass sie eine starke Frauenkoalition auf beiden Seiten des politischen Spektrums aufbauen mussten. Im Jahr 2001 wurde eine Koalition für eine ausgewogene Repräsentation von Frauen und Männern im öffentlichen Leben gegründet, der schließlich Frauen aus Rechtsparteien und führende Männer aus dem linken Flügel angehörten. Die (2004 abgeschlossene) Integration Sloweniens in die EU spielte ebenfalls eine Rolle, da eine bessere Repräsentation von Frauen als Merkmal einer modernen europäischen Demokratie angesehen wurde. Im Jahr 2004 wurde so auch die Verfassung geändert, um Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern, die sich zur Wahl stellen, zu unterstützen. Bis 2005/2006 gab es genügend Unterstützung für die Einführung von Geschlechterquoten auf nationaler und regionaler Ebene<sup>13</sup>.



### Gesetzgebung

Die Änderung des Gesetzes über die Wahlen zur Nationalversammlung im Jahr 2006 sieht vor, dass die Kandidat\*innen eines jeden Geschlechts nicht weniger als 35 % der Gesamtkandidat\*innen auf der Liste ausmachen dürfen (Art. 43). Darüber hinaus muss auf einer Liste mit drei Kandidat\*innen ein\*e Vertreter\*in jedes Geschlechts vertreten sein (Art. 43).



### Rangfolge/Platzierungsregeln

Es gibt keine Bestimmungen zur Rangfolge.

---

<sup>13</sup> Irena Selišnik and Milica Antić Gaber (2015), [From voluntary party to legal electoral gender quotas in Slovenia: The importance and limitations of legal and institutional mechanisms](#)



## Sanktionen

Gemäß dem Gesetz über die Wahl der Nationalversammlung lehnt der Wahlausschuss die Liste ab, wenn sie die 35 %ige Geschlechterquote nicht erfüllt (Artikel 56).



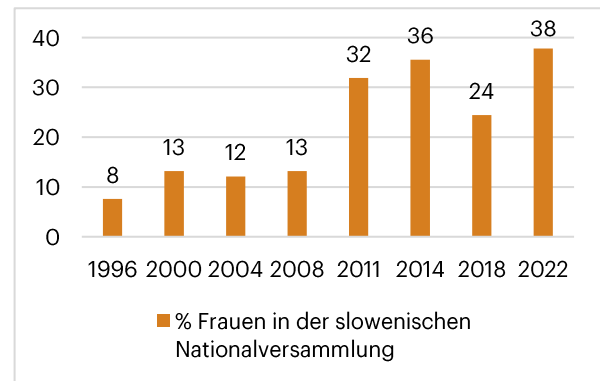
## Geschlechterquoten auf regionaler Ebene

Das 2005 geänderte Kommunalwahlgesetz sieht vor, dass die Kandidatenliste für die Gemeinderatswahlen sicherstellen müssen, dass jedes Geschlecht mindestens 40 % aller Kandidat\*innen stellt. Außerdem müssen sich die Kandidat\*innen in der ersten Hälfte der Listen nach Geschlecht abwechseln („Reißverschlussystem“). Im Jahr 2003 wurde eine 40 %-Quote für die Wahlen zum Europäischen Parlament eingeführt. Sie erhält auch Regeln für die Rangfolge: Mindestens ein\*e Kandidat\*in jedes Geschlechts muss in der ersten Hälfte jeder Liste mit sieben Kandidat\*innen stehen, und bei Nichteinhaltung werden Sanktionen verhängt.



## Politische Repräsentation von Frauen<sup>14</sup>

Im Jahr 2008, der ersten Wahl nach der Einführung von Geschlechterquoten, sahen Übergangsbestimmungen vor, dass die Parteien nur eine Quote von 25 % weiblicher Kandidatinnen erfüllen mussten. Der Anteil der Frauen in der Nationalversammlung stieg auf 32 % im Jahr 2011, als die 35 %-Quote vollständig eingeführt wurde. Die Zahl der weiblichen Mitglieder der Nationalversammlung ist 2018 gesunken, was möglicherweise auf das Fehlen von Rangordnungen zurückzuführen ist. Nach der letzten Wahl im Jahr 2022 liegt der Frauenanteil im slowenischen Parlament jedoch bei 38 %.



<sup>14</sup> EIGE, Datenbank zur Geschlechterstatistik, [Nationale Parlamente – Slowenien](#) und Lars Johannsen, Alenka Krašovec und Gregor Čehovin (2022), [\(Im\)Perfect Descriptive Representation: Slowenien im Rampenlicht](#)

## 5. Gesetzliche Geschlechterquoten in Spanien

**Spanien hat seit 2007 Kandidat\*innenquoten von 40 % festgelegt.**

Die Linksparteien (PSOE, PCE und IU) hatten bereits in den 1980er Jahren auf Betreiben von feministischen Aktivistinnen ihre eigenen freiwilligen Geschlechterquoten eingeführt. Die Unterstützung für Maßnahmen zur Erhöhung der politischen Repräsentation von Frauen wuchs in den 1990er Jahren dank der konzentrierten Bemühungen von Parteifeministinnen, Frauenorganisationen und der Entwicklung auf internationaler Ebene (wie der Verabschiedung der UN-Aktionsplattform von Peking im Jahr 1995). Ende der 1990er Jahre setzte sich sogar die rechtsgerichtete Volkspartei (PP), die Quoten ablehnte, ein vages Ziel für ein ausgewogenes Gleichstellungsniveau. Zwischen 1996 und 2003 wurden von der PSOE und IU mehrere Gesetzesentwürfe vorgelegt, die jedoch von der PP blockiert wurden. Im Jahr 2007 wurden unter der PSDE-Regierung schließlich Geschlechterquoten eingeführt. Die PP legte beim Verfassungsgericht Berufung ein, diese wurde jedoch abgelehnt<sup>15</sup>.



### Gesetzgebung

Im März 2007 wurde das Wahlgesetz durch das Gleichstellungsgesetz (Ley de Igualdad) geändert und der „Grundsatz der ausgewogenen Präsenz“ von weiblichen und männlichen Kandidat\*innen eingeführt. Das spanische Wahlgesetz sieht vor, dass „die gemäß diesem Gesetz für die Kongresswahlen aufgestellten Kandidatenlisten (...) ein ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern aufweisen müssen, so dass die Kandidaten beider Geschlechter mindestens 40 % der Gesamtmitgliederzahl ausmachen“ (Art. 44 bis (1)). Diese Bestimmungen gelten auch für die Wahlen zum Senat (wenn die Kandidat\*innen in Listen zusammengefasst werden) und zum Europäischen Parlament.

---

<sup>15</sup> Tània Verge and Emanuela Lombardo (2015), [The differential approach to gender quotas in Spain: regulated politics and self-regulated corporate boards](#)



## Rangfolge/Platzierungsregeln

Der Mindestanteil von 40 % gilt für die gesamte Liste und alle fünf Stellen. Wenn die Zahl der wählbaren Posten am Ende einer Liste weniger als fünf beträgt, muss der Anteil in dieser Gruppe so nah wie möglich an der Gleichstellung liegen, wobei das Verhältnis 40:60 für die gesamte Liste beibehalten wird.



## Sanktionen

Den politischen Parteien wird eine kurze Frist eingeräumt, um Listen, die die Quotenanforderungen nicht erfüllen, anzupassen. Tun sie dies nicht, werden die Listen von der Wahlkommission nicht zugelassen.



## Geschlechterquoten auf regionaler Ebene

Seit 2007 gilt das Verhältnis 40:60 zwischen Frauen und Männern auch für die Wahlen zu den gesetzgebenden Versammlungen der Selbstverwaltungsgemeinden (Regionalparlamente) und die Kommunalwahlen (für Städte mit mindestens 3000 Einwohnern).



## Politische Repräsentation von Frauen

Gesetzlich festgelegte Kandidat\*innenquoten wurden erstmals bei den Parlamentswahlen im März 2008 eingeführt. Der Frauenanteil im spanischen Parlament (*Congreso de los Diputados*) liegt derzeit bei 43 % – 6 Prozentpunkte höher als bei der Einführung der Geschlechterquoten. In Anbetracht der Tatsache, dass die Kandidat\*innenquote auf 40 % festgelegt ist, sind die Auswirkungen der Geschlechterquoten geringer als in anderen Ländern, und in den letzten Jahren ist eine gewisse Stagnation eingetreten. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass in vielen Parteien bereits freiwillige Geschlechterquoten eingeführt wurden, während Männer bei der Besetzung bestimmter Positionen nach wie vor bevorzugt werden. In den Regionalparlamenten herrscht ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis mit einem Frauenanteil von durchschnittlich 48 %, das sind 8 Prozentpunkte mehr als 2007<sup>16</sup>.

---

<sup>16</sup> EIGE, Datenbank zur Geschlechterstatistik, [Nationale Parlamente – Spanien](#) und [Regionalversammlungen – Spanien](#)

## 6. Gesetzliche Geschlechterquoten in Griechenland

**Griechenland führte 2008 eine Kandidat\*innenquoten von 33 % und 2019 eine Quote von 40 % ein.**

Anfang der 1990er Jahre führten die größten politischen Parteien Griechenlands nach der Mobilisierung von mit politischen Parteien verbundenen Frauenorganisationen freiwillige Quoten ein. Gleichzeitig gab es einige Versuche, Quoten gesetzlich festzulegen, die jedoch als verfassungswidrig angesehen wurden. Art. 116 Abs. 2 der griechischen Verfassung erlaubte Abweichungen vom Grundsatz der Gleichstellung von Frauen und Männern aus zwingenden Gründen, wie sie im Gesetz vorgesehen wurden. Dieser Artikel könnte zwar als Grundlage für positive Maßnahmen ausgelegt werden, diente aber dem gegenteiligen Zweck. Feministische Aktivistinnen erkannten, dass eine Verfassungsänderung der einzige Weg war, um die Verabschiedung von Geschlechterquoten zu erreichen. Die Griechische Liga für die Rechte der Frau (HLWR) begann, sich für eine solche Änderung einzusetzen. Bis zum Jahr 2000 hatte die HLWR eine Koalition aus unterstützenden Frauenorganisationen und Abgeordneten verschiedener griechischer politischer Parteien gebildet. Im Jahr 2001 wurde dann die griechische Verfassung geändert, um positive Maßnahmen zu ermöglichen<sup>17</sup>. Im Jahr 2001 wurde für die Kommunal- und Regionalwahlen eine Kandidat\*innenquote von 33 % für jedes Geschlecht eingeführt. Im Jahr 2008 wurde für die nationalen Wahlen eine Geschlechterquote von 33 % für die Kandidat\*innen jeder Partei im ganzen Land (und nicht für jede einzelne Liste) festgelegt. Die Quote wurde geändert und im Jahr 2019 auf 40 % erhöht.



### Gesetzgebung

#### *Verfassung*

In der 2001 geänderten Fassung sieht die Verfassung vor, dass „die Verabschiedung positiver Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen keine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts darstellt. Der Staat ergreift Maßnahmen zur Beseitigung tatsächlich bestehender Ungleichheiten, insbesondere zum Nachteil von Frauen. 116, Abs. 2).

---

<sup>17</sup> Dia Anagnostou (2018), [The Protracted Struggle for Gender Quotas in Greek Politics](#)

## Wahlrecht

Die Anzahl der von jeder Partei bei den Parlamentswahlen aufgestellten Kandidat\*innen jedes Geschlechts muss 40 % der Gesamtzahl ihrer Kandidat\*innen in der Wahlregion entsprechen (Art. 31(1) des Gesetzes 4648/2019). In jedem Fall muss die Gesamtzahl der Kandidat\*innen jedes Geschlechts für jede Partei im ganzen Land mindestens 33 % der Gesamtzahl ihrer Kandidat\*innen betragen.



### Rangfolge/Platzierungsregeln

Es gibt keine Regeln für die Rangfolge.



### Sanktionen

Wenn die Geschlechterquote nicht erfüllt ist, akzeptiert der Oberste Gerichtshof die Parteiliste nicht.



### Geschlechterquoten auf regionaler Ebene

Die Anzahl der Kandidat\*innen jedes Geschlechts, die bei den Kommunalwahlen aufgestellt werden, muss 40 % der Gesamtzahl der Kandidat\*innen einer Partei entsprechen. Diese Anforderung gilt auch für die Europawahlen.



### Politische Repräsentation von Frauen

Die Geschlechterquoten von 33 % und 40 % haben nicht zu einer wesentlichen Erhöhung der politischen Repräsentation von Frauen in Griechenland beigetragen. Die Tatsache, dass die 33 %-Quote auf die Kandidat\*innen einer Partei im ganzen Land angewandt wurde, verwässerte die Möglichkeit, dass Frauen gewählt wurden. Die gesetzliche Geschlechterquote von 40 % wurde erstmals bei den nationalen Wahlen 2019 zum Europäischen Parlament angewandt. Auch ihre Wirkung war begrenzt. Der Anteil der gewählten Frauen betrug 19 % im griechischen Parlament, 6 % bei dem gewählten Bürgermeister\*innen, 19 % bei den Gemeinderät\*innen, 8 % bei den Regionalgouverneur\*innen und 21 % bei den Regionalrät\*innen<sup>18</sup>.

---

<sup>18</sup> Panagiota Petroglou (2022), [Flash report](#) for the European network of legal experts in gender equality and non-discrimination



## 7. Gesetzliche Geschlechterquoten in Kroatien

**Kroatien hat seit 2008 die Kandidat\*innenquoten auf 40 % festgelegt.**

Nach dem Ende des kroatischen Unabhängigkeitskrieges 1995 organisierte sich die Frauenbewegung stärker, und es bildete sich eine Koalition aus 13 Frauenorganisationen, die unter anderem Geschlechterquoten in politischen Parteien und Kandidat\*innenlisten forderte. Bis 1999 hatte sich die Koalition mit anderen Bürgerbewegungen zusammengeslossen, um einen politischen Wandel zu fordern. Die Sozialdemokratische Partei führte dank des Drucks der weiblichen Parteimitglieder freiwillige Parteiquoten von 40 % ein.<sup>19</sup> Die Mobilisierung der Frauenbewegung und die verstärkte Präsenz von Frauen im kroatischen Parlament (dank der freiwilligen Parteiquoten) gipfelten 2008 in der Verabschiedung der 40 %igen Geschlechterquote.



### Gesetzgebung

Das Gleichstellungsgesetz (2008) sieht vor, dass die politischen Parteien den Gleichstellungsgrundsatz beachten und eine ausgewogene Repräsentation von Frauen und Männern anstreben müssen, wenn sie die Kandidat\*innenlisten für das kroatische Parlament aufstellen und vorschlagen, gemäß den Bestimmungen von Art. 12 des Gesetzes (Art. 15). In Art. 12 des Gleichstellungsgesetzes wird erklärt, dass ein Geschlecht wesentlich unterrepräsentiert ist, wenn es weniger als 40 % der Vertreter\*innen in politischen und öffentlichen Entscheidungsgremien stellt. Im Jahr 2015 wurden die Bestimmungen für eine 40 %ige Geschlechterquote in den Kandidat\*innenlisten auch in das Gesetz über die Wahl der Abgeordneten zum kroatischen Parlament aufgenommen.



### Rangfolge/Platzierungsregeln

Es gibt keine Rangordnungen.

---

<sup>19</sup> Colin J. J. Yandam (2018), [Gender quotas and women's political participation in Slovenia and Croatia: when similar historical developments and homogeneity of design yield different outcomes](#)



## Sanktionen

Das Gleichstellungsgesetz sieht eine finanzielle Sanktion in Höhe von 50.000 HRK (6.600 EUR) für die Nichteinhaltung des Gleichstellungsgrundsatzes und der ausgewogenen Repräsentation bei der Aufstellung von Kandidat\*innenlisten für das kroatische Parlament vor. Finanzielle Sanktionen wurden jedoch nicht verhängt. Das Gesetz über die Wahl der Abgeordneten zum kroatischen Parlament sieht auch vor, dass eine Liste ungültig ist, die die 40 %-Quote nicht erfüllt – doch das Verfassungsgericht hob dies 2016 auf<sup>20</sup>.



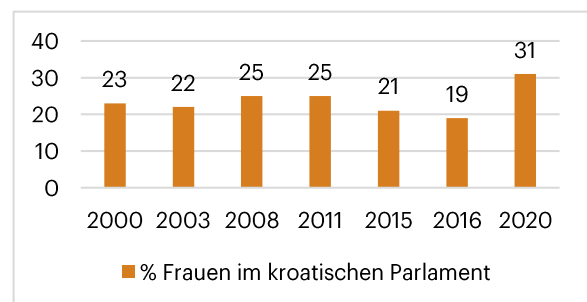
## Geschlechterquoten auf regionaler Ebene

Die Bestimmungen des Gleichstellungsgesetzes über die ausgewogene Repräsentation von Frauen und Männern in den Kandidat\*innenlisten, d.h. mindestens 40 % für jedes Geschlecht, gelten auch für die Wahlen zur lokalen und regionalen Selbstverwaltung und für die Wahlen zum Europäischen Parlament.



## Politische Repräsentation von Frauen<sup>21</sup>

Die Anwendung der Geschlechterquote in Kroatien hat zu uneinheitlichen Ergebnissen geführt, was höchstwahrscheinlich darauf zurückzuführen ist, dass es keine Regeln für die Rangfolge gibt und die Parteien sich nicht daran halten. Bei der letzten Wahl im Jahr 2020 hielten sich beispielsweise 20 % der Kandidat\*innen nicht an die Quote<sup>22</sup>. Trotzdem stellte die Wahl 2020 eine positive Entwicklung dar, da ca. 23 % der Frauen gewählt wurden. Nach der Regierungsbildung stellen Frauen derzeit 31 % des kroatischen Parlaments.



<sup>20</sup> Mira Lulic (2017), [Women and politics: the ineffectiveness of electoral gender quotas for parliamentary elections in the Republic of Croatia](#)

<sup>21</sup> Ombudsperson for Gender Equality (2020), [Gender analysis of the parliamentary elections 2020](#)

<sup>22</sup> OSCE (2020), [ODIHR Election Assessment Mission Final Report – Republic of Croatia](#)

## 8. Gesetzliche Geschlechterquoten in Polen

**Polen hat seit 2011 Kandidat\*innenquoten von 35 % festgelegt.**

Die Verabschiedung einer Geschlechterquote in Polen wurde als Ergebnis der erfolgreichen Mobilisierung durch den Frauenkongress angesehen, der eine Bürger\*inneninitiative unterstützte, die zur Vorlage eines Entwurfs zur Gleichstellung der Geschlechter führte. Der Entwurf wurde später gegen eine 35 %ige Geschlechterquote ausgetauscht. Seit 2009 setzt sich der Frauenkongress für eine Gleichstellung der Geschlechter in der Politik ein. Im Jahr 2011 gewannen die Geschlechterquoten unter den politischen Entscheidungsträgern an Unterstützung, um weibliche Wählerinnen für die Präsident\*innenschaftswahlen zu gewinnen. Linke Parteien unterstützten den Gesetzesentwurf mit der 35 %igen Geschlechterquote, um ihre Popularität zu steigern, während rechte Parteien dagegen waren<sup>23</sup>.



### Gesetzgebung

Mit den in Januar 2011 verabschiedeten Änderungen des Wahlgesetzes wurden eine gesetzliche Kandidat\*innenquoten für die Wahllisten des Sejm (polnisches Parlament) eingeführt. Durch die Änderung wurde festgelegt, dass auf der Kandidat\*innenliste „die Anzahl der weiblichen Kandidaten nicht weniger als 35 % aller Kandidaten auf der Liste betragen darf; die Anzahl der männlichen Kandidaten darf nicht weniger als 35 % aller Kandidaten auf der Liste betragen“ (Art. 211 (3)).



### Rangfolge/Platzierungsregeln

Es gibt keine Rangordnung.



### Sanktionen

Erfüllt die Kandidat\*innenliste nicht die Bestimmungen von Art. 211 des Wahlgesetzes, fordert der Nationale Wahlausschuss die Person, die die Liste anmeldet, auf, diesen Mangel

---

<sup>23</sup> Anna Śledzińska-Simon und Adam Bodnar (2015), [Between symbolism and incrementalism: moving forward with the gender equality project in Poland](#)

innerhalb von drei Tagen zu beheben. Werden die Mängel nicht innerhalb der vorgegebenen Frist behoben, kann der Ausschuss die Eintragung der Liste in ihrer Gesamtheit verweigern (Art. 215 (5)).



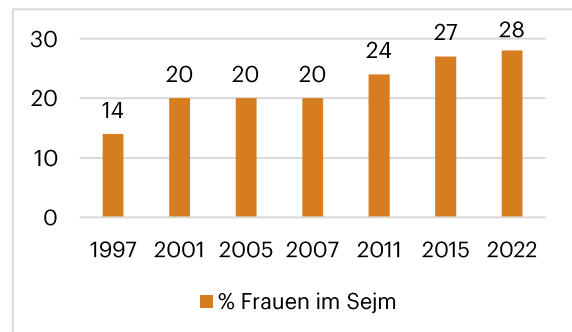
### Geschlechterquoten auf regionaler Ebene

Die 2011 angenommenen Änderungen des Wahlgesetzes gelten für alle Wahlen, einschließlich der Kommunalwahlen (ab 20.000 Einwohner\*innen) und der Wahlen des Europäischen Parlaments. Die 35 %ige Geschlechterquote gilt jedoch nicht für die Senatswahlen.



### Politische Repräsentation von Frauen<sup>24</sup>

Seit der Einführung der Geschlechterquoten im Jahr 2011 ist die Zahl der Frauen im polnischen Parlament leicht gestiegen. Seit 2011 hat sich der Anteil der Frauen um acht Prozentpunkte erhöht, und derzeit stellen Frauen 28 % der Mitglieder den Sejm. Es gibt keine Regeln für die Rangfolge der Kandidat\*innen, so dass weibliche Kandidatinnen häufig auf nicht wählbare Positionen verwiesen werden.



<sup>24</sup> Anna Gwiazda (2017), [Women in parliament: assessing the effectiveness of gender quotas in Poland](#)

## 9. Gesetzliche Geschlechterquoten in Irland

**Irland hat seit 2012 Kandidat\*innenquoten von 30 % festgelegt. Die Quote wird im Jahr 2023 auf 40 % erhöht.**

Als Reaktion auf den Finanzcrash von 2008 und die wirtschaftliche Rezession kam in Irland eine politische Reformdebatte auf. Die politischen Parteien begannen einen politischen Reformkurs, der eine demokratische Erneuerung versprach. Geschlechterquoten wurden in die politische Debatte eingebracht, um eine Abkehr von der alten Art und Weise, Politik zu machen, zu signalisieren. Feministische Aktivistinnen innerhalb und außerhalb des Dáil (des irischen Unterhauses) mobilisierten sich für das Thema der Unterrepräsentation von Frauen in der Politik, führten Kampagnen durch und setzten sich bei Politiker\*innen für die Einführung von Geschlechterquoten ein. Im Jahr 2009 untersuchten zwei parlamentarische Ausschüsse die Rolle der Frauen in der Politik und kamen zu dem Schluss, dass die Einführung von Geschlechterquoten/positiven Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter bei der Auswahl von Kandidaten erforderlich ist. Als Teil der politischen Reformagenda der Fine Gael-Labour Regierung wurden dann gesetzliche Geschlechterquoten eingeführt, und der Gesetzesentwurf zur Änderung des Wahlgesetzes wurde 2012 mit Unterstützung aller politischen Parteien verabschiedet<sup>25</sup>.



### Gesetzgebung

In der 2012 geänderten Fassung sieht das Wahlgesetz vor, dass die staatlichen Mittel politischer Parteien um 50 % gekürzt werden, „wenn nicht mindestens 30 % der Kandidaten, deren Kandidaturen von der qualifizierten Partei bei den vorangegangenen Parlamentswahlen bestätigt wurden, Frauen und mindestens 30% Männer waren“. Darüber hinaus wurde festgelegt, dass die geforderte Geschlechterquote der Kandidat\*innen innerhalb von sieben Jahren nach der ersten Wahl, die gemäß der Novelle abgehalten wird, auf mindestens 40 % Frauen und mindestens 40 % Männer ansteigen wird (Art. 42 des Wahlgesetzes).

---

<sup>25</sup> Fiona Buckley (2013), [Women and Politics in Ireland: The Road to Sex Quotas](#) and (2019), [Ireland's experience of parliamentary gender quotas](#)



## Rangfolge/Platzierungsregeln

Es gibt keine Regeln für die Rangfolge.



## Sanktionen

Das Wahlgesetz sieht eine Geldstrafe für die Nichteinhaltung der Quote vor: Politische Parteien verlieren 50 % ihrer staatlichen Mittel, wenn sie die 30 %-Quote für Frauen und Männer nicht einhalten.



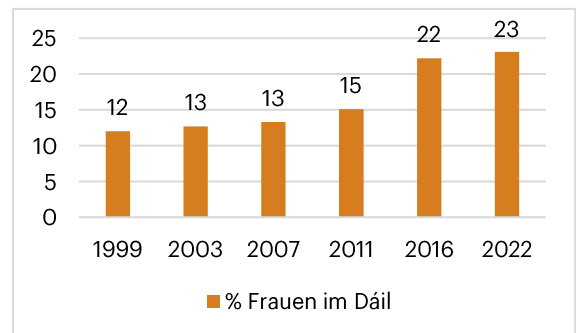
## Geschlechterquoten auf regionaler Ebene

Derzeit gibt es keine Quoten für Kommunalwahlen oder den Senat.



## Politische Repräsentation von Frauen<sup>26</sup>

Die Parlamentswahlen 2016 in Irland waren die ersten, bei denen die gesetzlich festgelegten Geschlechterquoten für Kandidat\*innen angewandt wurden. Durch die Geschlechterquote wurde die Zahl der weiblichen Abgeordneten von 15 % auf 22 % erhöht. Nach der letzten Wahl im Februar 2020 liegt der Frauenanteil im Dáil derzeit bei 23 %. Das stagnierende Wachstum der parlamentarischen Repräsentation von Frauen könnte auf das Fehlen von Ranglistenregeln und die Tatsache zurückzuführen sein, dass die Zahl der weiblichen Kandidatinnen im Jahr 2020 geringer war als bei der letzten Wahl<sup>27</sup>.



<sup>26</sup> EIGE, Datenbank zur Geschlechterstatistik, [Nationale Parlamente – Irland](#)

<sup>27</sup> Fiona Buckley und Yvonne Galligan (2020), [The 2020 general election: a gender analysis](#)

## 10. Gesetzliche Geschlechterquoten in Luxemburg

**Luxemburg hat seit 2016 Geschlechterquoten von 40 % festgelegt.**

Die Reform des Wahlgesetzes, mit der die Geschlechterquote eingeführt wurde, wurde 2016 mit den Stimmen der drei Koalitionsparteien (Demokratische Partei, Sozialistische Arbeiterpartei Luxemburgs und Die Grünen) verabschiedet, die von der Linkspartei Déi Lénk unterstützt wurden<sup>28</sup>. Im Plan für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2015-2018 wurde bereits zugesagt, die Rechtsvorschriften über die Finanzierung politischer Parteien zu ändern, um die 40 % Kandidat\*innenlisten für die Parlamentswahlen einzuführen.



### Gesetzgebung

Das Wahlgesetz sieht vor, dass im Hinblick auf die öffentliche Finanzierung politischer Parteien „die Zuweisung an eine politische Partei (...) an die Bedingung geknüpft ist, dass sie für die Parlamentswahlen Listen mit mindestens 24 Kandidaten jedes Geschlechts (von insgesamt 60 Kandidaten) vorgelegt hat“ (Art. 2).



### Rangfolge/Platzierungsregeln

Es gibt keine Regeln für die Platzierung in der Rangliste.



### Sanktionen

Die Kandidat\*innenlisten sind nicht ungültig, wenn sie nicht die Anforderungen von Art. 2 des Wahlgesetzes erfüllen. Allerdings wird den politischen Parteien die öffentliche Finanzierung gekürzt, wenn die Schwelle von 24 Kandidat\*innen je Geschlecht nicht erreicht wird. Das Wahlgesetz sieht vor, dass eine Partei, die eine Liste mit 23 Kandidat\*innen eines Geschlechts vorlegt, nur 95 % der zugewiesenen öffentlich Mittel erhält, und nur 25 %, wenn die Partei eine Liste mit nur 15 Kandidat\*innen eines Geschlechts vorlegt (Art. 2).

---

<sup>28</sup> Luxembourg Times (2016), [Luxembourg MPs vote in favour of gender equality](#)



## Geschlechterquoten auf regionaler Ebene

Es gibt keine gesetzlich festgelegten Geschlechterquoten auf regionaler Ebene. Für die Wahlen zum Europäischen Parlament ist festgelegt, dass die Kandidat\*innenlisten mindestens drei Kandidat\*innen jedes Geschlechts enthalten müssen, vorbehaltlich von Geldstrafen (Art. 2).



## Politische Repräsentation von Frauen

Die Geschlechterquote wurde zwar 2016 eingeführt, aber bei der Wahl 2018 nicht umgesetzt<sup>28</sup>. Die nächsten Parlamentswahlen sind für das Jahr 2023 geplant. Per Oktober 2022 beträgt der Frauenanteil in der luxemburgischen Abgeordnetenversammlung 35 %<sup>29</sup>.

---

<sup>29</sup> EIGE, Datenbank zur Geschlechterstatistik, [Nationale Parlamente – Luxemburg](#)



## 11. Gesetzliche Geschlechterquoten in Italien

**Italien hat seit 2017 Kandidat\*innenquoten von 40 % festgelegt.**

In Italien hat es mehrere Versuche gegeben, Geschlechterquoten gesetzlich festzulegen. Der erste, der 1993 eingeführt wurde, wurde 1995 für verfassungswidrig erklärt. Die Verfassung wurde 2001 (unter einer Mitte-Links-Regierung) und 2003 (unter einer Mitte-Rechts-Regierung) reformiert, um die Verabschiedung positiver Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern zu ermöglichen. Es wurde festgestellt, dass die Verfassungsreform eher von der Notwendigkeit beeinflusst wurde, sich gegenüber der Europäischen Union und internationalen Organisationen für eine verbesserte Gleichstellung in der Politik einzusetzen, als von der Mobilisierung der italienischen Frauenrechtsbewegung, die nur am Rand erwähnt wurde. Im Jahr 2004 wurde für die Wahlen zum Europäischen Parlament eine 60:40-Quote eingeführt (2014 geändert). In den folgenden Jahren wurden auch auf regionaler und lokaler Ebene weitere Quoten eingeführt. Seit 2011 erlebte Italien eine Welle von Quotengesetzen auf verschiedenen Ebenen, während die Wahlgesetzgebung reformiert wurde. Mit der Wahlreform 2017 wurde die aktuelle Quote für die Abgeordnetenkammer eingeführt, mit der eine 2015 eingeführte, aber nie bei einer Wahl angewandte Geschlechterquote geändert wurde<sup>30</sup>.



### Gesetzgebung

#### *Verfassung*

In der italienischen Verfassung heißt es „Alle Bürger beiderlei Geschlechts sind nach Maßgabe der gesetzlich festgelegten Bedingungen zu gleichen Bedingungen für öffentliche Ämter und Wahlämter wählbar“. Die im Jahr 2005 ergänzte Verfassung sieht vor, dass: „Zu diesem Zweck ergreift die Republik besondere Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern“ (Art. 51).

#### *Wahlrecht*

---

<sup>30</sup> Alessia Donà (2015), [Will the year 2015 bring the return of electoral gender quotas? The history about how the lack of political will troubled the road to gender equality in Italy](#) und (2018), [Eppur si muove. The Tortuous Adoption and Implementation of Gender Quotas in Conservative Italy](#)

Das Wahlgesetz für die Abgeordnetenversammlung und den Senat der Republik (Gesetz NR. 165/2017 Artikel 3, 3.1) sieht Folgendes vor: 1) bei Androhung der Nichtwählbarkeit müssen die Kandidat\*innen in Mehrpersonenwahlkreisen in abwechselnder Reihenfolge der Geschlechter aufgestellt werden; 2) in Einzelpersonenwahlkreisen auf nationaler Ebene darf von der Gesamtzahl der von jeder Liste oder Koalitionsliste eingereichten Kandidaturen keines der beiden Geschlechter zu mehr als 60 % vertreten sein; und 3) in Mehrpersonenwahlkreisen darf von der Gesamtzahl der von jeder Liste auf nationaler Ebene eingereichten Listen keines der beiden Geschlechter zu mehr als 60 % als Spitzenkandidat\*innen vertreten sein.



### Rangfolge/Platzierungsregeln

Auf der Liste der Mehrpersonenwahlkreise müssen die Kandidat\*innen in alternierender Geschlechterfolge aufgestellt werden („Reißverschlussystem“).



### Sanktionen

Das Nationale Zentralbüro sorgt dafür, dass die Bestimmungen des Wahlgesetzes eingehalten werden, sonst droht die Unwählbarkeit (Gesetz Nr. 165/2017, Art. 3).



### Gesetzgebung auf regionaler Ebene

Seit 2016 sind die italienischen Regionen verpflichtet, in ihren regionalen Wahlordnungen eine Geschlechterquote von 60% einzuführen.



### Politische Repräsentation von Frauen<sup>31</sup>

Gesetzlich festgelegte Kandidat\*innenquoten für die Abgeordnetenversammlung wurden erstmals bei den Parlamentswahlen im März 2018 eingeführt. Der Anteil der Frauen im italienischen Parlament erreichte 36 % (10 Prozentpunkte mehr als in der vorherigen Wahlperiode). Die verfügbaren Informationen über die letzten nationalen Wahlen im September 2022 deuten darauf hin, dass der Anteil der weiblichen Abgeordneten auf 31 % sinken wird. Dieser Rückgang könnte auf die Regeln für Wahlkreislisten mit mehreren Mitgliedern zurückzuführen sein, nach denen ein und dieselbe Frau auf bis zu fünf Listen vertreten sein kann<sup>32</sup>.

---

<sup>31</sup> EIGE, Datenbank zur Geschlechterstatistik, [Nationale Parlamente – Italien](#)

<sup>32</sup> Il Post (2022), [Nel prossimo parlamento ci saranno meno donne](#)

## 12. Gesetzliche Geschlechterquoten in Malta

Malta hat seit 2021 Geschlechterquoten in Form eines „geschlechtsspezifischen Korrekturmechanismus“ für die Zuteilung zusätzlicher Parlamentssitze an das unterrepräsentierte Geschlecht gesetzlich festgelegt.

Im Jahr 2021 wurde eine Verfassungsänderung angenommen, um Korrekturmechanismen einzuführen, die der Unterrepräsentation von Frauen im maltesischen Parlament entgegenwirken. Die Reformen wurden parteiübergreifend unterstützt. Zuvor hatte der Technische Ausschuss für die Stärkung der Demokratie im Jahr 2019 ein Konsultationspapier zum Thema „Gleichstellung im Parlament: Reform“ vorgelegt, das Legislativvorschläge für Verfassungsänderungen enthielt, um die Unterrepräsentation von Frauen im Parlament zu bekämpfen. Im Anschluss an diese Konsultation wurde 2020 ein Gesetzesentwurf mit dem Titel „Gesetz zur Änderung der Verfassung Maltas und andere Gesetze zur Gewährleistung der faktischen Gleichstellung von Männern und Frauen in der Politik“ vorgelegt. Die beiden wichtigsten politischen Parteien in Malta (die Labour Partei und die Nationalistische Partei) hatten zuvor freiwillige Maßnahmen zur Förderung der Repräsentation von Frauen in den Parteistrukturen ergriffen<sup>33</sup>.



### Gesetzgebung

#### *Verfassung*

Die Verfassungsänderung von 2021 sieht zusätzlich Sitze für das unterrepräsentierte Geschlecht auf folgende Weise vor: Wenn bei einer Parlamentswahl die Zahl der Abgeordneten des unterrepräsentierten Geschlechts weniger als 40 % aller Abgeordneten beträgt, erhöht sich die Zahl der Abgeordneten des unterrepräsentierten Geschlechts um höchstens zwölf Abgeordnete. Die gewählten Kandidat\*innen werden zu gleichen Teilen auf die Partei der absoluten Mehrheit oder die Partei der relativen Mehrheit und die Minderheitspartei verteilt (Art. 52A). Darüber hinaus wurde vorgesehen, dass die Kandidat\*innen, die sich in ihren offiziellen Unterlagen als geschlechtsneutral ausweisen, dem unterrepräsentierten Geschlecht zugeordnet werden.

---

<sup>33</sup> Romina Bartolo (2021), [Country report. Gender equality – Malta](#) für das European network of legal experts in gender equality and non-discrimination

## Wahlrecht

Die Verfassungsänderungen von 2021 wurden in das Gesetz für Parlamentswahlen aufgenommen und die Gleichung zur Berechnung der Anzahl der zusätzlichen Sitze (bis zu zwölf) festgelegt.



### Rangfolge/Platzierungsregeln

Es gibt keine Rangfolge für die Platzierung.



### Geschlechterquoten auf regionaler Ebene

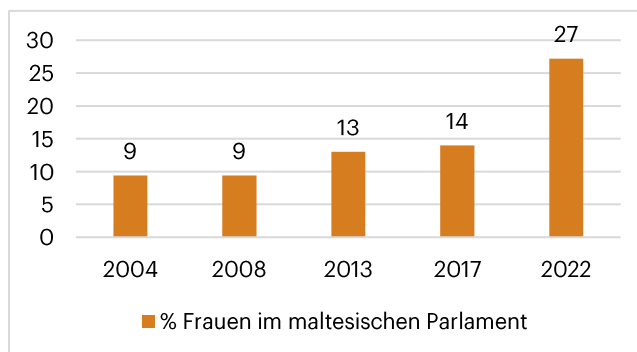
Es gibt keine gesetzlich festgelegten Geschlechterquoten auf regionaler Ebene.



### Politische Repräsentation von Frauen

Mit der Anwendung des geschlechtsspezifischen Korrekturmechanismus wird der Anteil der Frauen im maltesischen Parlament nach den Parlamentswahlen 2022 auf 27 % (22 Abgeordnete) steigen. Dies sind 13 Prozentpunkte mehr als in der vorherigen Legislaturperiode, in der es nur neun weibliche Abgeordnete gab.

Obwohl die Geschlechterquote die Repräsentation von Frauen im maltesischen Parlament effektiv erhöht hat, stellte die OSCE-ODIHR-Wahlmission in Malta fest, dass das neue System vor den nächsten Wahlen überarbeitet werden könnte. Da der Mechanismus nur angewandt wird, wenn zwei Parteien ins Parlament gewählt werden und die zusätzlichen Sitze zwischen ihnen aufgeteilt werden, verstärkt dies die Dominanz von zwei Parteien in der Legislative und versäumt es, die strukturellen Hindernisse für die Beteiligung von Frauen in der Politik zu beseitigen<sup>34</sup>.



<sup>34</sup> OSCE (2022), [ODIHR Election Assessment Mission Final Report – Republik Malta](#)

## **EAF Berlin**

Die EAF Berlin arbeitet seit 1996 als unabhängige Non-Profit-Organisation an der Schnittstelle von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu den Themen Chancengleichheit, Diversity-Management und Frauen in Führungspositionen. Sie verfügt über wissenschaftliche Expertise und langjährige Erfahrung in Forschung Beratung und Weiterbildung.

Die EAF Berlin ist parteiübergreifend auf nationaler und internationaler Ebene tätig. Seit 2009 betreut die EAF Berlin für das Bundesfamilienministerium den Helene-Weber-Preis für herausragende Frauen in der Kommunalpolitik. 2011 entstand das Helene-Weber-Kolleg zur Förderung der Vernetzung, des Austauschs und der Qualifizierung von Frauen in der Politik.

## **Helene Weber Kolleg**

Das Helene Weber Kolleg ist die erste bundesweite, parteiübergreifende Plattform für engagierte und interessierte Frauen in der Kommunalpolitik. Sie wird seit 2011 vom Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Projektträgerin ist die EAF Berlin.

## **Autorin**

Cecilia Francisco Carcelén ist Politikwissenschaftlerin im Bereich Geschlechtergerechtigkeit und ist intersektionale Feministin. Sie arbeitet derzeit für das PPMI, einem Politikforschungszentrum mit Sitz in Vilnius, Litauen. Am PPMI beteiligt sie sich an europaweiten Forschungsprojekten zu Geschlechtergerechtigkeit für europäische Institutionen. Zuvor arbeitete sie als unabhängige Beraterin für die INGO Girls Not Brides und führte auf internationaler und nationaler Ebene Forschungen zum Thema Kinderheirat durch.